



MICHAEL GROSSE-BRÖMER

MEIN BRIEF AUS BERLIN

AUSGABE 124

28. NOVEMBER 2008

ERBSCHAFTSTEUERREFORM NIMMT WICHTIGE HÜRDE

Die wie immer vor der Verabschiedung eines Gesetzes ausgerufene Panik ist unberechtigt: selbst nach dem alten Erbrecht waren durchschnittlich weniger als 10 Prozent aller Legate ein Fall für den Fiskus. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung werden den nun höheren Vermögenswerten bei Immobilien höhere Freibeträge entgegengestellt. Sie werden in Zukunft 500.000 Euro für den Ehepartner betragen, 400.000 für die Kinder und 200.000 für die Enkelkinder. Weitere Freibeträgererhöhungen, etwa für Geschwister, fielen wegen der SPD deutlich geringer aus (in Zukunft 20.000 statt 10.300 Euro).

In den abschließenden Verhandlungen konnte die Union gegenüber den Sozialdemokraten weitere wichtige Forderungen durchsetzen. Sowohl hinsichtlich des privaten als auch des betrieblichen Vermögens. Damit hat die Union gerade für Familien und mittelständische Unternehmen, dem Rückgrat unserer Volkswirtschaft, noch erhebliche Verbesserungen gegenüber dem Regierungsentwurf erzielt.

Beim privaten Vermögen haben wir durchgesetzt, dass

das Familienheim – sofern es 10 Jahre nach Erwerb selbst genutzt wird – künftig steuerfrei an Ehegatten und Kinder (sowie auf Kinder von verstorbenen Kindern) vererbt werden kann. Die dabei für Kinder bestehende 200 m² Wohnflächengrenze gilt nicht bei Ehegatten. Bei Überschreiten der Grenze gilt für Kinder übrigens dennoch der Freibetrag.

Wer einen Familienbetrieb erbt, muss in Zukunft nur 15 Prozent des Betriebsvermögens versteuern, wenn der übernommene Betrieb sieben Jahre lang weitergeführt und eine bestimmte Lohnsumme eingehalten wird. Damit konnte die Union eine Halbierung der bisherigen Frist durchsetzen. Die Steuer entfällt komplett, wenn der Betrieb zehn Jahre lang weitergeführt wird - übrigens auch in einer anderen Branche.

Wenn ein Unternehmen gegen diese Fortführungsbedingungen verstoßen sollte, wird rückwirkend nicht die gesamte Erbschafts- und Schenkungssteuer auf einen Schlag fällig. An die Stelle dieses oft existenzbedrohenden „Fallbeils“ soll in Zukunft eine realitätsnahe anteilige Nachversteuerung treten.



Sicher wird auch dieser Reformkompromiss Anlass für Diskussionen sein. Und mancher wird die Frage stellen, ob wir ein bürokratisches Konstrukt wie die Erbschaftssteuer überhaupt brauchen. Keines der 16 Bundesländer jedoch, denen die Steuer direkt zukommt, war hier zum Verzicht bereit.

Aus meiner Sicht haben wir aus der gegebenen Situation das Beste gemacht. Fristgerecht wurde ein verfassungsgemäßer Entwurf eingereicht, dem die Union ihren Stempel aufgedrückt hat: Die Familien werden spürbar entlastet. Kein kleines oder mittelständisches Unternehmen muss wegen der Erbschaftssteuer allein den Konkurs befürchten. Und das ist doch auch nicht schlecht.

Liebe Leserinnen und Leser.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Bundestag 2007 aufgegeben, das Erbrecht zu ändern. Die Karlsruher Richter kritisierten vor allem die ungleiche Bewertung verschiedener Vermögensarten. Nach langen und schwierigen Verhandlungen mit der SPD hat die Novelle in dieser Woche den Deutschen Bundestag passiert. Auch ich habe ihr meine Zustimmung gegeben. Damit Sie sich nicht durch die 52 Seiten des Gesetzentwurfes zu arbeiten müssen, will ich hier über einige zentrale Eckpunkte der neuen Erbschaftsregelung informieren.

Herzlichst, Ihr

PIRATEN DAS HANDWERK LEGEN



Die Piraten des 21. Jahrhunderts sind gut organisierte Kriminelle. Sie operieren heute vor allem am Horn von Afrika, inmitten einer der weltweit wichtigsten Schifffahrtswege.

Als Rückzugsraum dient ihnen die verwaiste Küste Somalias. Nach Jahren mörderischen Bürgerkriegs ist in dem afrikanischen Land keine Staatsmacht mehr existent. Eine effektive Strafverfolgung gibt es deshalb nicht.

So wurden alleine im letzten Jahr am Horn von Afrika 267 Schiffe gekapert, darunter

über 40 Schiffe aus Deutschland. Das belastet nicht nur unsere Reedereien, von denen viele ihren Sitz in Niedersachsen haben. Wenn etwa die Fahrt durch den Golf von Aden dauerhaft zur Risikoroute wird, müssen Reedereien Alternativrouten wählen. Dies führt zu erheblichen Verzögerungen, die Importwaren teurer machen. Gerade für die Exportnation Deutschland, die von einem ungestörten Warenverkehr abhängig ist, ein unhaltbarer Zustand. Zudem werden die Piraten von Terroristen unterwandert, die an der Destabilisierung der Region

großes Interesse haben.

Aus diesen Gründen kann Deutschland dem Treiben der Piraten nicht tatenlos zusehen. In Berlin werden im Moment einige Optionen diskutiert, wie man vor Ort deutsche Interessen schützen - und damit auch zur Stabilität der Region beitragen kann. Als sicher gilt die Beteiligung der Marine an der EU-Anti-Piraterie-Mission „Atalanta“. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums wird sich Deutschland mit einer Fregatte beteiligen. Der Bundestag kann darüber noch in diesem Jahr abstimmen.

KONJUNKTURPAKET GESCHNÜRT



Als Folge der weltweiten Finanzmarktkrise zeichnet sich eine deutliche Abschwächung der globalen Konjunktur ab.

Um Wachstum und Beschäftigung auch in Deutschland weiterhin zu sichern, hat die unionsgeführte Bundesregierung ein Maßnahmenpaket beschlossen. Der Deutsche Bundestag hat in erster Lesung über das Konjunkturpaket beraten.

Unternehmen sollen befristet auf zwei Jahre mit günstigeren Abschreibungsmodalitäten zu Investitionen motiviert werden.

Zusätzlich werden die Möglichkeiten für Investitionszulagsbeträge und Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen erweitert.

Wer das eigene Haus renovieren lässt, soll einen höhe-

ren Steuerbonus für die Handwerkerrechnung bekommen: Statt 600 Euro sollen bis zu 1200 Euro geltend gemacht werden können.

Für Neuwagen, die bis zum 30. Juni 2009 gekauft werden, soll die Kfz-Steuer für ein Jahr entfallen, bei besonders schadstoffarmen Autos mit den Abgasnormen Euro-5 und Euro-6 sogar bis zu zwei Jahre.

SCHÜLER ZU BESUCH IN BERLIN



Im Rahmen ihrer Berlinfahrt besuchten Schüler des Gymnasiums Meckelfeld auch den Reichstag und trafen dort mit Michael Grosse-Brömer zu einer lebhaften Diskussion zusammen.

Nachdem Grosse-Brömer über seinen Arbeitsalltag als Mitglied des Deutschen Bundestages berichtet hatte, nut-

zen die Gymnasiasten die Gelegenheit zu einem regen Meinungsaustausch.

Die Schüler interessierte vor allem das neue Volkswagen-Gesetz, mögliche Auswirkungen des BKA-Gesetzes und die Wahlkreisarbeit ihres Bundestagsabgeordneten.

TERMINAUSWAHL

- 29.11. 60 Jahre CDU Munster
- 30.11.-
- 02.12. Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Stuttgart
- 05.12. Weihnachtsfeier der CDU Jesteburg
- 06.12. Bezirksdelegiertenversammlung der CDA in Lüneburg